

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 19.10.2022
Antragsnr.: 240/2022
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: V/50
mit Referat: II/20/Hr. Rosenzweig

erlanger linke
Stadtratsgruppe für soziale Politik

Erlangen, den 13.10.2022

**Verhindern von Zwangsräumungen, Strom und Gassperren.
Haushalt 2023: Antrag zum Arbeitsprogramm des Sozialamtes**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Wir stellen den Antrag zum Arbeitsprogramm:

Die Stadt verhindert in jedem Fall Zwangsräumungen und Energiesperren durch Hilfen nach dem Sozialgesetzbuch.

Wo dies nicht zulässig ist, werden die notwendigen Hilfen aus der Vorabdotierung 50.351A „Zuschüsse f. Maßnahmen außerhalb des Sozialhilferechts“ geleistet.

Dieses Hilfsangebot wird breit beworben.

Sollte die Vorabdotierung nicht ausreichen, wird die Verwaltung rechtzeitig Mittel- nachbewilligung beantragen.

Begründung:

Niemand soll im Winter aus Geldmangel seine Wohnung verlieren, oder im Kalten und im Dunklen sitzen müssen. Das befürchten zunehmend größere Teile der Bevölkerung.

Im Sozialausschuss im September erklärte Sozialreferent Rosner sinngemäß, man werde „Lösungen finden“ um Zwangsräumungen, Strom- und Gassperren abzuwenden. Voraussetzung sei, dass die Verwaltung rechtzeitig davon erfahre.

Dann seien auch „Töpfe“ vorhanden, aus denen das bezahlt werden könne. Gemeint war offensichtlich die Vorabdotierung 50.351A „Zuschüsse f. Maßnahmen außerhalb des Sozialhilferechts“. Diese ist aktuell mit 100.000€ dotiert, von denen ein Teil nicht abgerufen wurde.

Die Aufgabe, die sich das Sozialreferat gestellt hat, erfordert eine höhere Ausstattung der Vorabdotierung 50.351A. Wir beantragen im Ergebnishaushalt 700.000€.

Mit freundlichen Grüßen

Fabiana Girstenbrei
(Stadträtin)

Johannes Pöhlmann
(Stadtrat)